

Die Stadt und die Fremden

Stadt ist der Ort, wo Fremde wohnen. Auf dem Dorf gibt es keine Fremden. In der Stadt ist man überrascht, ein bekanntes Gesicht zu sehen, und je häufiger dies geschieht, desto eher beschleicht einen das Gefühl, in der Provinz zu leben, nicht eigentlich in einer Stadt. Auf dem Dorf dagegen dreht man den Kopf nach jedem Fremden, und sieht man zu viele, fürchtet man, seine Heimat zu verlieren. Ohne Fremde, und das heißt ohne Zuwanderung, gibt es keine großen Städte. Das antike Rom wurde groß durch Zuwanderung, nicht zuletzt aufgrund großzügiger Asylgewährung. Die industrielle Urbanisierung im 19. Jahrhundert schwemmte eine proletarisierte Landbevölkerung in die Städte, wo sie – obwohl doch deutsche Staatsbürger wie alle – den Einheimischen wie eine fremde und bedrohliche Rasse erschienen, aber erst mit dieser Zuwanderung ist das Ruhrgebiet zur größten Industrieregion Europas und Berlin zur deutschen Metropole aufgestiegen. Heute verhindert nur die Zuwanderung aus dem Ausland ein Schrumpfen der deutschen Großstädte. Um die erwerbsfähige Bevölkerung konstant zu halten, müssen nach der Berechnung von Hof (1994) zwischen 1991 und 2020 jährlich 400.000 Menschen aus dem Ausland zuwandern, insgesamt also 12,4 Mio. in dreißig Jahren.

Die Fremden sind nicht nur Füllmasse, um die demographischen Lücken auf den deutschen Wohnungs- und Arbeitsmärkten und dem Rentensystem zu schließen. Fremde waren immer auch das Ferment einer produktiven Stadtkultur. Wer in die Fremde aufbricht, tut dies meist gezwungen durch Hunger oder Krieg oder blanke Aussichtslosigkeit eines Lebens am angestammten Ort. Aber die sich zur Wanderung entschließen, sind meist die Beweglicheren, Intelligenteren und die Aufstiegsorientierten. Sie bringen neue gewerbliche Fähigkeiten, wie die Hugenotten nach Hessen oder die Holländer nach Potsdam, neues Wissen, auch einen neuen Geschmack, sie bringen vor

allem Differenz, und die Produktivität der Stadt beruhte immer auf Dichte, Größe, Arbeitsteilung und Heterogenität, eben Differenz. Das gilt einmal ökonomisch: innovative Milieus unterscheiden sich vom Filz dadurch, daß sie Netzwerke aus Vertrauen und Fremdheit bilden. Es gilt zum zweiten kulturell: Soziologen haben die urbane Qualität der Stadt immer als eine Kultur der Differenz definiert. Die urbane Stadt ist ein Ort, wo verschiedene Lebensweisen, Anschauungen und Kulturen nebeneinander existieren können und zugleich in produktiven Austausch zueinander treten (Bahrtdt 1961).

„Fremd ist der Fremde nur in der Fremde“ (Karl Valentin), aber die Fremde liegt in der großen Stadt ganz nahe, und auch das wußte schon Karl Valentin: „...manchem Münchener zum Beispiel ist das Hofbräuhaus nicht fremd, während ihm in der gleichen Stadt das Deutsche Museum, die Glyptothek, die Pinakothek usw. fremd sind“ (Valentin 1978, S.230 f.). Gerade das, was in der Stadtkritik stets kritisiert worden ist, ihre Dschungelhaftigkeit, Anonymität und Isolation, in der jeder dem anderen fremd ist, ist Voraussetzung für die Hoffnungen, die sich von jeher mit der Stadt verbunden haben: daß sie ein Ort ist, wo man unbehelligt von Verwandten, Nachbarn und Polizei sein eigenes Leben leben kann. Die urbane Stadt bietet noch für die ausgefallensten Verhaltensweisen einen Ort, sie auszuleben, und noch für das seltsamste Bedürfnis die gewünschte Befriedigung. Die Anonymität der großen Stadt ist die Vorbedingung dafür, daß nicht jede Regung gleich zurechtgestutzt wird auf die Konvention. Daß einen keiner kennt, vermittelt zumindest die Hoffnung, sein Leben noch einmal von vorne beginnen zu können, ohne daß einen gleich lauter gute Bekannte auf die alte biographische Identität verpflichten können. Deswegen wohl verbindet sich mit dem Umzug in eine andere Stadt so häufig die Hoffnung auf einen neuen Anfang: es gibt dort niemanden, der einen kennt.

Der Prototyp des Städters ist der Fremde. Die Figur des Fremden ist der Kern aller soziologischen Definitionen von Urbanität. Die Stadt ist der Ort, wo Fremde zusammenleben. Bahrtdt (1961, S.47) spricht vom öffentlichen Raum der Stadt, der es ermögliche, daß trotz Fremdheit „Kommunikation und Arrangement zustandekommen“. Die ersten soziologischen Theoretiker der Stadt, Simmel und Park, haben nicht zufällig auch Essays über den Fremden geschrieben. Der Fremde ist in der Formulierung von Simmel (1992, S.764), „der, der heute kommt und morgen bleibt“.

Er kommt aus der Fremde, die seine Heimat war, und bleibt, wo andere ihre Heimat haben. Er ist der „marginal man“ (Park), der Mensch, der auf der Grenze zwischen zwei Kulturen lebt. Es ist eine zugleich prekäre und produktive Existenz. Park wie Simmel haben die Fähigkeiten zu kritischer Reflexion und kultureller Erneuerung an die Figur des Fremden gebunden. Da der Fremde zwei Kulturen angehört, die, aus der er stammt, und die, in die er zugewandert ist, zugleich aber in keine von beiden ganz integriert ist, eignet der Rolle des Fremden eine besondere Freiheit und Objektivität, wie sie den Künstler und den Wissenschaftler, den Erfinder und den Unternehmer auszeichnen.

Die Rolle des Fremden ist ambivalent, so ambivalent wie die städtische Kultur: Er bringt neue Informationen und neue Arbeitskraft, besetzt die unattraktiven Positionen im Dienstleistungsbereich, zahlt die Renten einer alternden Gesellschaft und erweitert das Spektrum der Konsummöglichkeiten. Aber er ist auch bedrohlich, denn er stellt kulturelle Selbstverständlichkeiten in Frage. Park und Simmel haben in ihren Essays über die riskante Position des Fremden auch die Situation des Juden beschrieben zwischen reflexiver Distanz und Diskriminierung. Der „marginal man“ (Park) bewegt sich auf Messers Schneide. Daß aus dieser prekären Existenz zwischen zwei Kulturen intellektueller Gewinn und ökonomische Produktivität resultieren statt sozialer Ausgrenzung und psychischer Krankheit, ist höchst voraussetzungs-voll. Simmel (1984) hat einige dieser Voraussetzungen als Merkmale des großstädtischen Sozialcharakters beschrieben: Distanziertheit, Gleichgültigkeit, Intellektualität und Blasiertheit. Er hat diese Eigenschaften als notwendige Selbstpanzerungen gegen die Überfülle fremdartiger Eindrücke in die Großstadt erklärt. Aber Intellektualität, Distanziertheit und Gleichgültigkeit sind mehr als nur Selbstschutzreaktionen. Sie sind die Voraussetzungen für die Entfaltung von Individualität, denn sie garantieren, daß jeder nach seiner Fassung selig werden kann, ohne von guten Nachbarn zur Raison gerufen zu werden, und sie sind Voraussetzungen für eine produktive Kultur der Differenz. Bahrtdt spricht von der resignierten Toleranz des Städters, die sich zu einer urbanen Tugend entwickelt habe, weil sie auch dem, den man nicht versteht, eine gleichwertige Identität zugesteht.

Der großstadttypische Charakter ist eine Voraussetzung für gelungene Integration – worunter hier nicht spurloses Aufgehen des Fremden in der einheitlichen Kultur verstanden wird, sondern gerade die

aufrechterhaltene Spannung zwischen verschiedenen Fremdheiten -, aber reicht das? Genügt Toleranz? Zunächst einmal: der Appell an Toleranz führt schnell in Paradoxien, die sich nicht so ohne weiteres mit Blasiertheit, Distanz, Intellektualität und Gleichgültigkeit auflösen lassen. Resignierte Toleranz gegenüber allem und jedem kann zur Komplizenschaft werden. Mit dem Recht auf kulturelle Differenz kann nicht jede Erziehungspraktik, nicht jedes Verhältnis zwischen den Geschlechtern und nicht jedes Vorgesetztenverhalten legitimiert werden. Das Recht, anders zu sein, muß das gleiche Recht für alle auf Anderssein einschließen. Insofern ist ein Minimum an universell gültigen Normen zugrundegelegt, in denen das Anderssein seine Grenze findet. Ein Menschenrecht auf Differenz ist unvereinbar mit einer Haltung, die mit eben diesem Recht für sich den Anspruch begründet, anderen das Recht auf Anderssein zu verwehren (Apel 1994). Das Toleranzgebot hat Sinn nur als universelle Norm und eben darin liegt die Notwendigkeit begründet, der Toleranz Grenzen zu setzen.

Diese Grenzen der Toleranz sind noch sehr weit gezogen. Der „Prozeß der Zivilisation“ (Elias) hat engere errichtet. Eine moderne, arbeitsteilige, urbanisierte Gesellschaft verlangt, um reibungslos zu funktionieren, ein extremes Maß an Affektkontrolle, die jedes Individuum in einem langwierigen Sozialisationsprozeß eingeübt haben muß, sie verlangt es unerbittlich und mit blinder Intoleranz von jedem, der mitspielen will. Spontaneität, die nicht auf habituisierter Anpassung an die Verkehrsregeln beruht, kann im modernen Straßenverkehr das Leben kosten. Wer im ökonomischen System nicht nur am äußersten Rande stehen will, muß neben technischen auch moralische Qualifikationen erworben haben, in denen der Körper domestiziert und die Triebe sublimiert sind, so daß Uhr und Terminkalender den Lebensrhythmus bestimmen können statt Sonne, Lust und Leid. Solange die kapitalistische und bürokratische Organisation von Produktion und Reproduktion ohne Alternative sind, ist eine kulturelle Anpassung gefordert, für die der Verzicht aufs Kopftuch und die Teilnahme von türkischen Mädchen am Turnunterricht nur ein schwaches Symbol sind. Sobald das Recht auf Differenz auch mit Bezug auf die Disziplinforderungen des modernen Berufsmenschentums eingefordert würde, würde Toleranz in eine Naivität umschlagen, welche die reale Ausgrenzung mit kostenlosen Moralpredigten bemäntelt.

Unterwerfung unter den Prozeß der Zivilisation als

notwendige Voraussetzung für die Teilhabe am ökonomischen Reproduktionsprozeß verweist auf ökonomische Voraussetzungen einer Kultur der Differenz. Wenn der Fremde nicht als wohlhabender Rentier zugereist ist, wird er seinen Lebensunterhalt verdienen, also eine Rolle innerhalb der ihm fremden Kultur übernehmen müssen. In Simmels idealtypischer Formulierung von urbaner Lebensweise wird systemische Integration durch Arbeitsteilung und Geldwirtschaft fraglos unterstellt...

Der Großstädter, von dem Simmel spricht, ist entweder ein ökonomisch unabhängiger Eigentümer oder ein Bürger des ausgebauten Sozialstaats – unabhängig von 'gemeinschaftlich' strukturierten Kollektiven. Denn erst die materielle Unabhängigkeit erlaubt es dem Individuum, sich von moralischen Ansprüchen anderer freizumachen, ihnen 'gleichgültig zu begegnen – und auch sie von moralischen Ansprüchen freizusetzen' (Häußermann 1994, S.92, zum folgenden vgl. Häußermann/Siebel 1997). Resignierte Toleranz anstelle von Vorurteil und Aggression, Urbanität als produktiver Umgang mit Differenz setzen soziale Integration voraus. Diese soziale Integration beruht auf handfesten, ökonomischen Bedingungen: ökonomisches Wachstum, funktionierende Arbeitsmärkte und ein haltbares Netz sozialer Absicherung. Erst dadurch wird soziale Integration gesichert, indem die Gesellschaft jedem eine ökonomisch gesicherte Existenz und eine fraglos gesellschaftlich nützliche Rolle, d.h. einen Platz im Leben zuweist. Heute aber filtern die Wachstumsgewinne nicht mehr nach unten durch und der Arbeitsmarkt als zentraler Mechanismus der Integration versagt. Die wachsende Zahl der dauerhaft Arbeitslosen, viele der neu Zugewanderten drohen in eine Randexistenz zu geraten, wo sie vom ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft ausgeschlossen bleiben. Damit kann sich auch in Deutschland eine new-urban-underclass entwickeln, wie sie in den Ghettos US-amerikanischer Städte existiert: eine Minderheit von dauerhaft aus den Zusammenhängen der Gesellschaft Ausgegrenzten. Wenn aber die Stadtgesellschaft nicht nur hierarchisch gegliedert ist in ein Oben und ein Unten, sondern gespalten ist in ein Drinnen und ein Draußen, dann fehlt die soziale Integration, auf deren Basis erst sich eine Kultur der Differenz und eine produktive Auseinandersetzung mit dem Fremden entfalten kann. Dann drohen die urbanen Tugenden der resignierten Toleranz und Gleichgültigkeit umzuschlagen in Abgrenzung und Gewalt. Ökonomisches Wachstum und

aufnahmefähige Arbeitsmärkte sind die zweite Voraussetzung für gelingende Integration.

Auch Robert Park, Schüler Georg Simmels und Begründer der „Chicagoer Schule“ der amerikanischen Soziologie beginnt mit der Frage, wie Stadt als Kultur der Differenz und Ort der Begegnung mit dem Fremden möglich sein kann, und wie Simmel betont er die Gewinne individueller und intellektueller Emanzipation. Aber Park fragt auch danach, inwieweit Simmels „objektiver Mensch“ eigentlich lebensfähig ist. Ist ein Leben neben sich und neben anderen, ein Leben dauernder Reflexion aus der Distanz lebbar, und zwar im psychischen und nicht nur im ökonomischen Sinne? Park fragt nach dem, was im Zuge der Urbanisierung verloren zu gehen droht. Wie sind unter Bedingungen der modernen, von Immigration geprägten Großstädte Identifikation, Sicherheit und Vertrauen möglich? Wo bietet die anonyme Großstadt sozialen Halt, Schutz vor der anomischen Verarbeitung der Spannungen der Kulturen, einen Ort, den der Fremde kennt und an dem er wiedererkannt wird, einen Ort des Zuhause, also Heimat?

Park und die Soziologen der Chicagoer Schule entdeckten diese Orte in den „natural areas“, den sozial und kulturell homogenen Stadtquartieren, in denen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen eingerichtet haben: China-Town, German-Town, Little Italy, the Jewish Ghetto... Die Soziologen der Chicagoer Schule haben das Chicago nach der Jahrhundertwende als ein Mosaik von Dörfern beschrieben, in denen die verschiedenen Einwanderergruppen ihr gewohntes Zuhause finden und von denen aus sie täglich aufbrechen können in das Abenteuer der fremden Stadt. Es muß Orte der Identifikation geben, der Heimat, und Orte des Übergangs, der „unvollständigen Integration“ (Bahrdt), öffentliche Räume, in denen trotz Fremdheit Kontakt und Arrangement zustandekommen. Die dritte Voraussetzung produktiver Integration des Fremden ist die Dialektik von Selbstausgrenzung und unvollständiger Integration, die sich in einer sozialräumlichen Struktur der Stadt abbildet, welche geschützte Räume des Rückzugs in die eigene Herkunftskultur und öffentliche Räume zwischen den Kulturen, die zones of transition, bereithält.

Die Integration des Fremden in eine produktive Kultur der Differenz, also in eine urbane Kultur, ist ein höchst voraussetzungsvoller und riskanter Prozeß. Er kann gelingen unter den Bedingungen resignierter Toleranz, universell gültiger Menschenrechte, ökonomischen Wachstums, expandierender Arbeitsmärkte

und einer urbanen Stadt, die soziale Segregation und zugleich Räume unvollständiger Integration ermöglicht. Aber auch wenn alle diese Voraussetzungen gegeben sind, bleibt Integration ein langwieriger, konfliktvoller und riskanter Prozeß. Parks marginal man lebt in „permanenter Krise“. Er muß alte Vertrautheiten aufgeben, ohne sich schon auf neugeformte verlassen zu können. Der Konflikt der Kulturen findet im Kopf und in der Seele jedes Immigranten statt als Konflikt eines zwischen altem und neuem Selbst gespaltenen Ichs: „It is in the mind of the marginal man that the moral turmoil which new cultural contacts occasion manifests itself in the most obvious forms. It is in the mind of the marginal man – where the changes and fusions of culture are going on“ (Park 1928, S.893).

Simmels wahrhaft freier, „objektiver Mensch“, der aus seiner Existenz auf Messers Schneide die Fähigkeit zur kritischen Reflexion gewinnt, hat als Pendant den schizophren oder drogenabhängig Gewordenen. Der liberale Appell an die Toleranz der Einheimischen und die Verweise auf den produktiven Zusammenhang von Urbanität und Fremdheit können nur allzu leicht vergessen machen, welche Leistungen dabei verlangt sind.

Alfred Schütz hat die Leistungen des Fremden beschrieben: Handeln im Alltag funktioniert nur in Ausnahmesituationen auf der Basis resignierter Toleranz, bewußter Hinnahme von und Einstellung auf fremde Verhaltensweisen. Das Alltagsbewußtsein ist ein System vorbewußter Interpretationsmuster, verinnerlichter Normen und habitualisierter Verhaltensschemata, die im Verlauf von Geschichte entwickelt und im individuellen Sozialisationsprozeß angeeignet werden. Auch der Fremde verfügt über ein solches Repertoire an Werten, Orientierungswissen und Verhaltensregeln, aber sie sind nicht identisch mit denen seiner neuen Umgebung. Der Zugewanderte teilt weder die Erinnerungen der Einheimischen noch deren Alltagsbewußtsein. Seine Gräber liegen woanders und seine Vertrautheiten sind fremde. Schon seine bloße Existenz stellt daher die Selbstverständlichkeiten der einheimischen Kultur in Frage. Mehr noch geschieht dieses Infragestellen durch die Art und Weise, wie der Fremde die Annäherung an die Kultur seiner neuen Umgebung versucht. Eine andere Kultur sich anzu eignen stellt eine ähnliche, nur ungleich komplexere Aufgabe wie das Erlernen einer fremden Sprache. Erst der hat sie sich zu eigen gemacht, der in ihr beten, fluchen und Liebesgedichte schreiben kann, und das gelingt nur

dem, der in ihr glaubt, liebt und wütend ist, der also in die Gesellschaft bereits integriert ist, deren Sprache er doch erst lernt. Wer erst als Erwachsener eine Sprache gelernt hat, wird immer als nicht eingeborener Sprecher erkennbar bleiben. Er muß über den Kopf reproduzieren, was andere mit der Muttermilch eingesogen haben. Dieser intellektualisierende Zugang ist unvermeidlich beim Erlernen einer neuen Kultur. Die Kultur der alltäglichen Lebenswelt beinhaltet nach Schütz ein Orientierungswissen, das nur in Ausnahmesituationen explizit gemacht werden muß, und das obendrein unvollständig, widersprüchlich und unzusammenhängend ist, aber dem Einheimischen selbstverständlich erscheint. Der Fremde muß nun nicht nur sich von seiner eigenen Kultur distanzieren, was ihn zur bewußten Reflexion und damit zur Entheiligung seiner Traditionen zwingt, er muß sich auch der neuen Kultur intellektualisierend annähern, indem er ihre Regeln bewußt lernt, ihren Sinn herauszufinden sucht und sich über ihre Ungereimtheiten wundert. Er benötigt einen Stadtplan, wo andere sich mit schlafwandlerischer Sicherheit bewegen. Ihm fällt auf, was niemanden stört, und gerade die selbstverständlichsten Dinge der Welt bleiben ihm unverständlich. Der Fremde kann nicht anders als fragend sich zurechtfinden. So wird er dem Einheimischen doppelt fremd: er bringt fremde Verhaltensweisen mit und er stellt in Frage, was doch die natürlichste Sache der Welt ist. Seine Haltung des sorgfältigen, distanzierenden, intellektuellen Beobachters gegenüber dem Selbstverständlichen läßt ihn als grundsätzlich kritisch, unzuverlässig und potentiell illoyal erscheinen (Schütz 1972, S.68). Der Fremde tritt dem Einheimischen notwendig als bedrohliche Zumutung gegenüber.

Auch unter den günstigsten objektiven Bedingungen bleibt die Integration des Fremden eine höchst riskante Gratwanderung, die auf beiden Seiten belastbare Identitäten voraussetzt. Die Forderungen nach politischer und ökonomischer Teilhabe für die Zuwanderer und nach dem Abbau von Diskriminierungen benennen notwendige Bedingungen, aber man macht es sich zu einfach, wenn man glaubt, damit seien bereits die Konflikte und Ängste, die sich mit der Immigration verknüpfen, aus der Welt. Auch der liberale Akademiker, der die multikulturelle Gesellschaft hochhält, solange er sie in Gestalt von libanesischen Restaurants, in denen Pakistaner Rosen feilbieten, erlebt, gerät, wenn der Pakistaner seine Tochter heiraten will, ins Grübeln, ob nun vielleicht von seiner Tochter

jenes Rollenverhalten erwartet werden könnte, das er in strenggläubigen muslimischen Ehen vermutet. Allerdings sind in unserer Gesellschaft genügend Distanzen zwischen den sozialen Schichten aufgebaut, um vor solchen Grenzüberschreitungen zuverlässig zu schützen. Die soziale und räumliche Spaltung der Städte bewahrt jene, die die multikulturelle Gesellschaft predigen, gnädig vor der Notwendigkeit, sie auch in ihrem Alltag leben zu müssen. Die Arbeits- und Wohnungsmärkte filtern die Zuwanderer auf Arbeitsplätze und in Stadtquartiere, wo sie Deutschen benachbart werden, deren berufliche Existenz und deren Wohnsituation unsicher sind, und die nicht zuletzt aufgrund dieser existentiellen Ungesicherheit am wenigsten in der Lage sind, das Zusammenleben mit Fremden zu praktizieren.

Die Integration des Fremden ist ein langer, konflikthafter und widersprüchlicher Prozeß, der vor allem dem marginal man viel abverlangt, und er vollzieht sich in einer Dialektik von Abgrenzung und Integration. Die Geschichte der Ruhrpolen, die kürzlich von Johannes Rau als „Erfolgsgeschichte amerikanischen Ausmaßes“ gelobt wurde, liefert dafür Anschauungsmaterial. In der Tat gibt es heute, 120 Jahre nach Beginn der Zuwanderung der Polen ins Ruhrgebiet, kein „Polenproblem“. Daß sie in die deutsche Gesellschaft integriert sind, zeigt sich auch darin, daß sie wenig aus der eigenen Geschichte gelernt haben: „Sie gehören jetzt zu den Etablierten und sind eifrig um die Absicherung ihrer Position gegenüber den neuen Außenseitern, den ausländischen Arbeitnehmern, bemüht. Sie unterscheiden sich in ihrer Reaktion und in ihrer Ablehnung der Gastarbeiter nicht von der Gesamtgesellschaft“ (Stefanski 1991, S.199). Wie ist die Integration der Polen im Ruhrgebiet verlaufen?

1. Im Jahre 1871 lebten im Ruhrgebiet 536.000 Einwohner, 1910 waren es 3 Mio., davon ca. 1/2 Mio. Polen. Die Stadt Bottrop hatte 1875 6.600 Einwohner, 1900 waren es bereits 24.700 und davon waren 40% Polen. 1915 betrug die Einwohnerschaft Bottrops 69.000, und die Einheimischen waren in der Minderheit.

Die Polen fanden im Ruhrgebiet ein leeres Land vor, das mit ihnen und durch sie verstädert und industrialisiert wurde. Es gab zu Beginn der Polenwanderung keine etablierte Stadtkultur und keine fest strukturierte Gesellschaft. Fast alle waren, wie die Polen, Zuwanderer, und alle konnten ihre besondere Kultur einbringen in den Prozeß, in dessen Verlauf sich die

neue Kultur der industriellen Gesellschaft im Ruhrgebiet erst entwickelte.

2. Die Polen kamen überwiegend aus ländlichen Gebieten Ostpreußens, es waren in ihrer Mehrzahl junge, unverheiratete Männer, von denen anfänglich die meisten später wieder zurück in ihre Heimatregionen wollten. Das war der wesentliche Grund, weshalb sie nicht in die USA gewandert waren. Das Ruhrgebiet erlaubte temporäre Rückwanderung, sei es in Zeiten der Arbeitslosigkeit, sei es in Zeiten der Ernte. Die hohe Rückkehrorientierung – und die dementsprechend hohen Überweisungen nach Hause – sanken erst, nachdem die preußische Landesregierung 1904 den Polen den Landerwerb verboten hatte. Erst nach 1904 beginnt denn auch ein nennenswerter Nachzug der Familien.

3. Die Polen konzentrierten sich zu 80-90% im Bergbau. Es gab Zechen, die sogenannten Polenzechen, in denen die Polen mehr als 50% der Belegschaft stellten. Im Bergbau wurden die Polen vergleichsweise wenig diskriminiert. Nach 10 Jahren waren Polen ebensooft Vollhauer wie ihre deutschen Kollegen.

4. Da die Polen zur Stammbelegschaft zählten, quartierte man sie in vergleichsweise gute Werkswohnungen ein. Sie wurden teilweise in ihren Dörfern angeworben und geschlossen in Kolonien im Ruhrgebiet angesiedelt. Von den 40% polnischen Einwohnern Bottrops um 1900 stammte die Hälfte aus nur zwei Kreisen: Rathebur und Rüttnick. Diese hohe Segregation war weitgehend freiwillig. Bei der Anwerbung in den Heimatregionen wurde oft versprochen, sie wieder geschlossen im Ruhrgebiet anzusiedeln.

5. Die Polen waren preußische Staatsbürger. Trotzdem gab es politische Diskriminierung. Preußen betrieb seit 1890 eine forcierte Germanisierungspolitik in seinen östlichen Provinzen, die bald auch ins Ruhrgebiet zurückschlug. Der Stadt Bottrop wurde u.a. mit dem Argument, daß ein hoher Anteil ihrer Bevölkerung Polen seien, das Stadtrecht vorenthalten. 1908 wurde es auch im Ruhrgebiet verboten, auf öffentlichen Versammlungen polnisch zu reden. Die Polen waren mit Ausnahme der Masuren Katholiken, aber die katholische Kirche verweigerte den Polen lange Zeit polnischsprechende Priester. Auch die Gewerkschaften waren nicht allzu integrationswillig, weshalb die Polen nach 1900 eine eigene Gewerkschaft gründeten, die bald zur drittstärksten im Ruhrgebiet aufstieg.

Vergleicht man das mit der heutigen Situation von

Zuwanderern, lassen sich drei Unterschiede benennen, die zu Pessimismus Anlaß geben:

1. Die Polen kamen in eine „leere Region“, fast alle waren Zuwanderer, es gab keine etablierte Gesellschaft, das Ruhrgebiet bot in der Tat eine Schmelztiegelsituation. Heute dagegen kommen die Immigranten in große Städte mit fest strukturierten Wohnungsmärkten, in eine Gesellschaft mit vergleichsweise homogener Kultur und festgezurrten gesellschaftlichen Strukturen, die Anpassung erfordern. Obendrein bilden die heutigen Zuwanderer in den Städten nur kleine Minderheiten, die im Unterschied zu den Polen zahlenmäßig in ihrer Gemeinde kaum ins Gewicht fallen und schon allein deshalb kein politisches Gewicht haben.

2. Auch heute konzentrieren sich die Zuwanderer in bestimmten Branchen. Aber während die Polen in eine expandierende moderne Industrie kamen, konzentrieren sich die heutigen Zuwanderer in schrumpfenden altindustriellen Branchen, die ihnen langfristig schlechte Aussichten bieten auf dem wichtigsten Integrationsort, dem Arbeitsmarkt.

3. Ähnliches gilt auch für den Wohnungsmarkt. Die heutigen Zuwanderer filtern allmählich in die schlechtesten Segmente des Wohnungsmarktes, und ihre Segregation ist weit eher erzwungen als die der Polen es gewesen ist.

Diese drei Unterschiede begründen die Befürchtung, daß die zweite und dritte Generation der Gastarbeiter und die heutigen Zuwanderer zusammen mit den deutschen Langzeitarbeitslosen allmählich eine urban underclass bilden werden, eine Unterschicht der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten, der dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und den politischen und sozialen Zusammenhängen der deutschen Gesellschaft Ausgegrenzten. Wieso ist dies im Laufe der Zeit bei den Polen nicht geschehen? Weshalb gibt es heute keine marginalisierten Polen im Ruhrgebiet?

Die erste Ursache heißt Zeit. Es hat 80 Jahre und mehr als drei Generationen gedauert, bis endlich während der 50er Jahre der BRD die Integration der Polen gelungen war. Die zweite Ursache heißt Repression: zunächst die massive Germanisierungspolitik des preußischen Staates, dann die Unterdrückung durch die Nationalsozialisten, die 1939 die polnische Elite bis hinunter zu den Ortsvereinsvorsitzenden ins KZ sperrte. Und schließlich drittens und vor allem: inwiefern hat denn eine Integration überhaupt stattgefunden? Ein Großteil der Polen ist nämlich wieder abgewandert, nur eine Minderheit ist geblie-

ben und hat sich integriert. Das hängt einmal zusammen mit der Staatsbürgeroption, die der Versailler Vertrag den Ruhrpolen einräumte. Sie konnten nach 1918 wählen, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft beibehielten oder die des neugegründeten polnischen Nationalstaats übernehmen. 10 bis 15 % sind damals zurückgewandert. Daß es so wenige waren, hat viele Gründe, u.a. auch Diskriminierung der 'Bolschewiki Westfaliki' durch die konservativ-aristokratische polnische Gesellschaft. Die überwiegende Mehrheit ist aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland nach Ende des Ersten Weltkriegs weitergewandert in die damals expandierenden belgischen und französischen Kohlenreviere. 1914 lebten 500.000 Polen im Ruhrgebiet, 1923 waren es 230.000 und 1929 nur noch 150.000, nach anderen, deutschen Zahlen nur noch 70.000. Es handelt sich also weniger um eine Erfolgsgeschichte der Integration als um massive Selbstselektion.

Dennoch läßt sich etwas aus der Integrationsgeschichte der Polen lernen: Die Polen haben, teilweise in Reaktion auf die Germanisierungspolitik, eigene Vereine gegründet, eigene Zeitungen, Kirchengemeinden und auch eine eigene Gewerkschaft. Sie haben sich als Polen organisiert und damit selber ausgegrenzt. Aber mit dieser Ausgrenzung entfaltet sich eine Dialektik der Separierung und Integration. Das Netz der polnischen Organisationen und die zahlenmäßige Stärke der Polen ermöglichten es ihnen, ihre Interessen zu artikulieren, gewerkschaftlichen und politischen Druck auszuüben und so ihre Außenposition allmählich abzubauen. Zugleich beinhaltet die Gründung etwa einer eigenen Gewerkschaft, daß man sich in die Spielregeln der politischen Organisation, des Tarifrechts und der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung einüben muß. Die Selbstorganisation der Polen war also ein zweifacher Schritt in Richtung auf Integration: Aneignung der Spielregeln, die in der deutschen Gesellschaft galten, und Durchsetzung eigener Interessen. Die Selbstorganisation der Polen beinhaltete Abgrenzung und zugleich Integration. Diese Dialektik läßt sich auch auf das stadtpolitische Thema der Segregation übertragen?

Historisch betrachtet weisen alle Städte mehr oder weniger scharfe Segregation auf. Die osmanische Herrschaftsstadt war strikt segregiert nach ethnischen Kriterien, und sie war relativ konfliktfrei. Progrome jedenfalls scheinen sehr viel seltener gewesen zu sein als in europäischen Städten. Grenzen gelten erst in

marktförmig organisierten Stadtgesellschaften als dysfunktional (Schiffauer 1992). Aber sind sie es wirklich?

Für soziale Mischung, d.h. für den Abbau sozialer Segregation im Stadtteil bzw. im Wohngebiet werden üblicherweise angeführt: Mischung ermögliche Erfahrung anderer Lebensweisen und übe damit Toleranz ein; Mischung fördere die Übernahme erwünschter Verhaltensweisen der deutschen Mittelschicht, z.B. Besuch weiterführender Schulen; sie verhindere eine negative Etikettierung des Stadtteils und führe dazu, daß der Stadtteil gleichmäßiger durch die kommunale Politik berücksichtigt werde; und schließlich seien gemischte Quartiere regenerationsfähiger, da ihre Bewohner bei beruflichem Aufstieg sich nicht gezwungen sähen, umzuziehen.

Gegen soziale Mischung und für soziale Segregation werden angeführt: Der Druck, sich über seine Verhältnisse an die höheren Konsumstandards der Mittelschicht anzupassen, sei geringer; es gebe in homogenen Gebieten weniger soziale Konflikte aufgrund unterschiedlicher Lebensweisen; Homogenität sei wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren informeller sozialer Netze, auf die gerade Zuwanderer besonders angewiesen sind; schließlich könne eine homogene Umwelt die eigene Identität stabilisieren und eine gesicherte Identität ist Voraussetzung dafür, daß man sich dem Neuen und Fremden öffnen kann.

Die Kontroverse ist alt und immer noch ungelöst, ein Hinweis darauf, daß die Frage falsch gestellt ist. Es ist doch auffällig, daß Segregation per se nicht als Problem gilt. Sonst müßte die Absonderung der Oberschicht in ihren Wohngebieten mit gleicher Besorgnis betrachtet werden wie die der Unterschicht. Eben das aber ist nie der Fall, und zwar mit dem guten Grund, daß es sich bei der Segregation der Oberschicht um freiwillige, bei der der Unterschicht um erzwungene Segregation handelt. Die sozialräumliche Segregation der Oberschicht ist womöglich sehr viel schärfer, aber je höher Einkommen, Bildung und sozialer Status, desto eher beruht Segregation auf Freiwilligkeit, und dafür gibt es gute Gründe: Segregation dient der Vermeidung von Konflikten, sie erfüllt den Wunsch, mit seinesgleichen zusammenzuleben, sie erleichtert gutnachbarliche Kontakte, den Aufbau von Hilfsnetzen und sie stabilisiert durch eine vertraute soziale Umwelt. Nicht also das sozialräumliche Phänomen der Segregation ist das Problem, sondern die Art und Weise seines Zustandekommens.

Die Fragen der Segregation bzw. der Mischung

werden allzusehr aus der Perspektive der Verträglichkeit für Einheimische diskutiert. Um es polemisch zu formulieren: Es geht darum, wieviel Fremde eine Nachbarschaft verträgt, ehe sie zuschlägt, wieviel fremdländisch Aussehende im Straßenbild auftreten dürfen, bis sich die Deutschen bedroht fühlen. Diese Diskussion ist die Basis für die Festlegung von Höchstquoten und Schwellenwerten, für die Formulierung von Zuzugssperren und Strategien zur Verstreuung der Migranten über das Stadtgebiet. Aber ist eine solche Politik forciert? Mischung denn im Interesse der Minderheiten und fördert sie langfristig überhaupt die Integration? Es gibt gute Argumente, diese Frage mit nein zu beantworten. Mischung zerstört informelle Netze bzw. behindert deren Aufbau und schwächt damit die ökonomische, die soziale und die psychische Stabilität. Diese aber sind Voraussetzung für gelingende Integration. Erst auf der Basis einer gesicherten Identität läßt man sich auf das Abenteuer des Neuen ein, und das gilt für Zuwanderer wie für Eingewessene.

Die multikulturelle Stadt ist eine Stadt, die fremde kulturelle Identitäten nicht bedroht, sondern sie stabilisiert und ihnen ermöglicht, gleichberechtigt das Eigene zur Entwicklung einer urbanen Kultur beizutragen. Multikulturelle Städte, und alle urbanen Städte heute sind multikulturelle Städte, gleich ob Paris, London oder New York, sind ein Konglomerat kulturell verschiedener Dörfer. Segregation ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg dorthin zu einer Integration ohne Unterwerfung.

Die Gesellschaft kann auf den Zustrom der Fremden mit aggressiver Abgrenzung reagieren. Sie setzt dann auf die zur Not gewaltförmige Beherrschbarkeit der Ausgegrenzten bzw. auf deren Apathie. Die Alternative bestünde allein darin, sich auf die Dialektik von Integration und Abgrenzung einzulassen, und damit auf einen sehr langwierigen Prozeß, der Geduld und Konfliktfähigkeit von Individuen wie von der Gesellschaft verlangt, funktionierende Arbeits- und Wohnungsmärkte und sozialstaatliche Sicherungssysteme ebenso voraussetzt wie urbane Städte, die Zonen des Übergangs und öffentlichen Raum bieten sowie Quartiere für fremdartige Lebensweisen. Mit dem Zugang zu Arbeit, Wohnung, Bildung und sozialstaatlichen Sicherungssystemen und mit resignierter Toleranz gegenüber dem Fremden hätte die Gesellschaft das getan, was sie kann. Doch das Problem des marginal man wäre damit nicht gelöst, aber vielleicht wäre es leichter zu ertragen.

Die Dialektik von gegenseitiger Abgrenzung und Integration ist unaufhebbar. Sie zu leugnen, führt notwendig zu Repression und zu wohlmeinenden Aufforderungen zu Toleranz, die dann gerade von jenen praktiziert werden muß, die am wenigsten dazu in der Lage sind. Eine Gesellschaft, die einer Minderheit ihrer Mitglieder nicht ermöglicht, eine stabile Identität innerhalb der eigenen Kultur auszubilden, wird auch das Problem der Zuwanderung mit Ausgrenzung zu bewältigen versuchen. Aber, so hat es Freud formuliert: Eine Kultur, die eine große Zahl von Menschen ausgrenzt, hat keine Zukunft und verdient auch keine.

Literatur

- Apel, Karl-Otto 1994: Anderssein, ein Menschenrecht? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1994, S.1062-1067.
- Bahrndt, Hans-Paul 1961: Die moderne Großstadt. Reinbek bei Hamburg, Rowohldt.
- Häußermann, Hartmut 1994: Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. Antrittsvorlesung an der Humboldt Universität zu Berlin, gehalten am 27.06.1994.
- ders. und Siebel, Walter 1997: Stadt und Urbanität. In: Merkur 577, Heft 4, 51. Jg., S.293-307.
- Hof, Bernd 1994: Möglichkeiten und Grenzen der Eingliederung von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/94, S.11-25.
- Park, Robert E. 1928: Human Migration and the marginal man. In: American Journal of Sociology, VOL 33, 1928, Nr. 6, S.881-893.
- Schiffauer, Werner 1992: Die Fremden in der Stadt. Modelle sozialer Organisation. In: Kursbuch Nr. 107, S.35-49.
- Schütz, Alfred 1972: Der Fremde – ein sozialpsychologischer Versuch. In: ders.: Gesammelte Aufsätze. Band 2: Studien zur soziologischen Theorie. Den Haag, S.53-69.
- Simmel, Georg 1984: Die Großstädte und das Geistesleben. In: ders., Das Individuum und die Freiheit. Berlin.
- ders. 1992: Exkurs über den Fremden. In: ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band II, Frankfurt/M., Suhrkamp, S.764-771.
- Stefanski, Valentina-Maria 1991: Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Außenseitern: Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet. Schriften des Deutsch-Polnischen Länderkreises der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft e.V., Band 6, Dortmund, Universität, Forschungsstelle Ostmitteleuropa.
- Valentin, Karl 1978: Die Fremden. In: Alles von Karl Valentin, hrsg. von Michael Schulte. München: Piper, S.230-231.

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme
Migration – Stadt im Wandel: [diese Publikation
entstand im Zusammenhang mit der 6. europäischen WOHNBUND-
Konferenz „Migration - Stadt im Wandel“ vom 27.-30.11.1997
in Berlin / [Veranstalt. Wohnbund e.V. Joachim Brech/Laura Vanhué
(Hg.)]-Darmstadt; Verl. für Wiss. Publ., 1997
ISBN 3-922981-91-7

Veranstalter
WOHNBUND e.V.
Verband zur Förderung wohnpolitischer Initiativen
Kasselerstraße 1 a
D - 60486 Frankfurt am Main

Telefon + 49- 069-776025
Telefax + 49- 069-773037
e-mail WOHNBUND.Frankfurt@t-online.de

Organisation
Joachim Brech, WOHNBUND Frankfurt
Laura Vanhué, Consultant, 21, rue Tiberghien, B 1210 Brüssel,
Telefon&Fax + 32-2-2179937
e-mail laura.vanhué@skynet.be

Förderung
Die Konferenz wurde durch die Kommission der Europäischen Union,
das Land Berlin und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin
gefördert. Sie stand unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs
des Europarates, Herrn Daniel Tarschys.

